heute:
IKB aktuell

Handelsblatt.com
NEWS AM ABEND

IKB Deutsche Industriebank

Mittwoch, 2.12.09 I Nr. 232

eNews für Entscheider

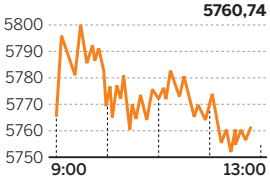
Redaktionsschluss
14:00 Uhr

Top-Klicks auf Handelsblatt.com/favoriten

1. **Fußball:** Deutschland droht echte Hammergruppe
2. **Auto:** Deutsche Hersteller vor Horrorjahr
3. **Aktien:** Experten erwarten kräftige Rally
4. **Handel:** Wo die Geschenke-Schnäppchen locken
5. **Türkei:** Muslime sollen Schweiz boykottieren

DAX 30

Mittwoch, 2.12.2009
(5776,61 Punkte)



Handelsblatt | Quelle: Bloomberg

HEUTE

Grünes Licht für Berliner Schloss
Grünes Licht für das Berliner Stadtschloss: Das Düsseldorfer Oberlandesgericht hat heute den Vertrag mit dem italienischen Architekten Franco Stella für den Wiederaufbau des Schlosses zwar für rechtsunwirksam erklärt. Inhaltlich sei das Vergabeverfahren aber nicht zu beanstanden. Der Vertrag könne nachgebessert werden.

US-Truppenplan setzt Nato in Zugzwang
Die Afghanistan-Strategie von US-Präsident Barack Obama setzt die Verbündeten unter Druck, auch die Truppen zu erhöhen. Berlin verspricht zunächst nur Polizeiausbilder. **SEITE 3**

Siemens bittet Ex-Manager zur Kasse
Korruptionsaffäre: Der Siemens-Konzern einigt sich mit seinem früheren Chef Heinrich von Pierer auf Schadensersatz. **SEITE 6**



C-Klasse-Produktion in Bremen: Die Beschäftigung am Standort ist nun langfristig gesichert. ap

Sindelfingen verliert C-Klasse

Produktion wandert zu günstigeren Standorten – Heftige Proteste

HB I Stuttgart Der Autokonzern Daimler will die Mercedes-C-Klasse künftig nicht mehr in Sindelfingen bauen, sondern vor allem in Bremen und zum Teil in den USA. Im Gegenzug soll von 2014 an die Mercedes-SL-Montage nach Sindelfingen verlagert werden, teilte Daimler mit. Die Betriebsräte der beiden deutschen Standorte kritisierten die Entscheidung des Managements scharf: Mit der Standortverlagerung verabschiede sich der Autobauer ein Stück weit vom Standort Deutschland.

Konzernangaben zufolge war die C-Klasse 2008 mit einem Anteil von 35 Prozent die meistverkaufte Fahrzeugreihe von Mercedes-Benz. Teile der C-Klasse würden künftig auch im US-Werk Tuscaloosa im Bundesstaat Alabama gebaut, teilte Daimler mit. Dadurch verspreche sich der Konzern Einsparungen. Der starke Euro macht derzeit Exporte in die USA teuer. Daimler könne durch die Produktion von Autos der C-Klasse im Werk in Alabama 2000 Euro pro Fahrzeug sparen. Daimler will künftig 60 Prozent der C-Klasse in Bremen produzieren, 20 Prozent in den USA und jeweils zehn Prozent in seinen Werken in China und Südafrika.

Für die Zukunft sehe Daimler große Chancen, in den USA noch mehr Autos der C-Klasse zu verkaufen, teilte der Konzern mit. Schon heute sei die C-Klasse-Limousine dort das meistverkaufte Modell. Durch die teilweise Verlagerung in die USA entstünden dort voraussichtlich 1000 neue Jobs.

In Deutschland sollen durch die Produktionsverlagerungen keine Stellen wegfallen, wie Daimler erklärte. Nach Angaben der IG Metall sind in Sindelfingen 4500 Mitarbeiter mit der Produktion der C-Klasse beschäftigt. Für 1800 von ihnen würden innerhalb des Konzerns neue Beschäftigungsmöglichkeiten gesucht.

Mehrere Tausend Mitarbeiter in Sindelfingen legten heute zeitweise die Arbeit nieder. Der Betriebsrat sieht im größten Mercedes-Werk 3000 Stellen bedroht. **SEITE 5**

Autobranche droht 2010 ein Einbruch

HB I Bad Homburg Der Autoabsatz in Deutschland wird im kommenden Jahr nach Einschätzung des Branchenverbands VDA drastisch zurückgehen. Für 2010 erwarten die Experten nur noch bis zu drei Mio. Neuzulassungen, teilte der VDA mit. Für das laufende Jahr rechnet der Verband vor allem dank der Abwrackprämie mit einem Absatz von mehr als 3,8 Mio. Fahrzeugen. Dies sei ein Anstieg von nahezu einem Viertel im Vergleich zum Vorjahr, betonte VDA-Präsident Matthias Wissmann.

Abwrackprämien hatten in vielen Ländern Europas den Autoabsatz angekurbelt. Der VDA rechnet daher auch europaweit mit einem Rückgang bei neu verkauften Autos. **SEITE 5**

15. Handelsblatt Jahrestagung
Pharma 2010.
3. und 4. Februar 2010, Wiesbaden

Weitere Informationen erhalten Sie telefonisch unter: 0211 9686–3623

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

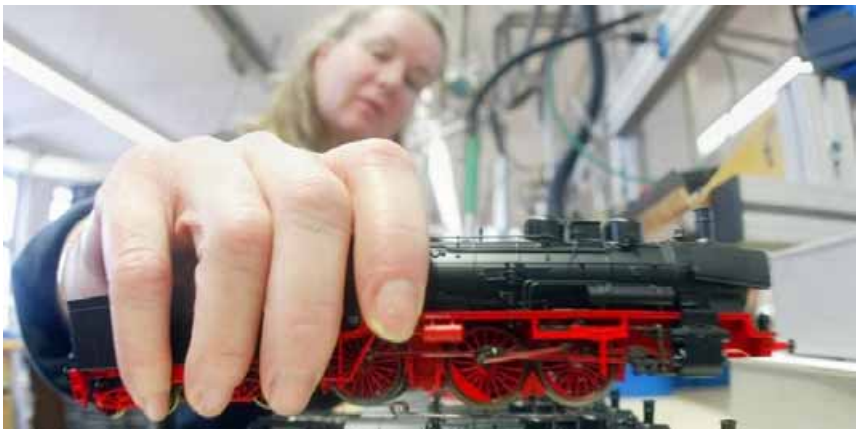
Meldungen

Bundesweite Razzia gegen Milli Görüs
Büros von Milli Görüs, der größten islamistischen Organisation in Deutschland, sind heute in vielen Städten bundesweit durchsucht worden. Die Kölner Staatsanwaltschaft wirft Milli Görüs Spendenbetrug und falsche Abrechnungen beim Arbeitsentgelt ihrer Mitarbeiter vor. Bundesweit wurden 26 Büros und Wohnungen durchsucht, allein zwölf in Nordrhein-Westfalen.

Islamisten bekennen sich zu Zug-Anschlag
Nach dem Anschlag auf einen Zug in Russland hat sich eine islamistische Rebellengruppe aus dem Nordkaukasus zu der Tat bekannt. Der Anschlag sei Teil einer Serie von Sabotageakten gegen strategische Ziele in Russland, hieß es auf einer Internetseite, die dem tschetschenischen Rebellenführer Doku Umarow nahesteht.

Innenminister wollen längeres Bleiberecht
Die Innenminister der Länder streben eine Verlängerung des Bleiberechts für langjährig geduldete Ausländer um zwei Jahre an. „Ich gehe davon aus, dass Union und SPD Kompromisse finden und im Ergebnis eine Verlängerung des Bleiberechts um zwei Jahre beschließen werden", sagte Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) der „Neuen Osnabrücker Zeitung".

Castor-Gegner klagen erfolgreich gegen Haft
Werden Bürger am Rand von Demonstrationen unzulässig von der Polizei festgesetzt und über Stunden eingesperrt, haben sie Anspruch auf Schmerzensgeld. Dies entschied das Bundesverfassungsgericht im Fall von zwei Bürgern, die 2001 bei einer Anti-Atomdemonstration im Wendland rund zehn Stunden festgehalten worden waren. (AZ: 1 BvR 2853/08)



Im Griff der Finanzkrise: Mitarbeiterin der Traditionsmarke Märklin hält eine Dampflokomotive. ap

Pleiten in Rekordhöhe

Krise fordert Tribut: bald 40 000 Firmen insolvent – vor allem Industrie leidet

dpa I Frankfurt Die Wirtschaftskrise könnte die Firmenpleiten in Deutschland 2010 auf ein Rekordniveau treiben. Aus Zahlungsnot werden im nächsten Jahr voraussichtlich bis zu 40 000 Unternehmen Insolvenz anmelden – das wären so viele wie nie zuvor, prognostizierte die Wirtschaftsauskunftei Creditreform heute in Frankfurt. „Die Wirtschaftskrise fordert ihren Tribut", sagte Vorstandsmitglied Helmut Rödl. Bei vielen Firmen sei das Eigenkapital bedenklich geschrumpft, sie kämen schwieriger an Kredite und litten unter Zahlungsausfällen von Lieferanten. Beim letzten Höchststand im Krisenjahr 2003 hatten 39 470 Firmen pleitegemacht.

2009 stieg die Zahl der Firmeninsolvenzen bereits kräftig um 16 Prozent auf 34 300 Fälle. Wegen der vielen Pleiten von Großunternehmen wie Arcandor oder Woolworth kletterten die Schäden aus Insolvenzen um zwei Drittel auf 48,6 Mrd. Euro. Mehr als eine halbe Mio. Arbeitnehmer verloren ihren Job.

„2009 ist das Jahr der Großinsolvenzen", sagte Rödl. Aber auch Traditionsfirmen wie der Spielzeughersteller Märklin und der Klavierbauer Schimmel standen vor dem Aus. Das Gros der Firmenpleiten entfalle aber weiter auf Kleinstunternehmen. Unter den Wirtschaftszweigen ist die Industrie am stärksten betroffen. „Die Rezession zog vielen Industriebetrieben den Boden unter den Füßen weg", sagte Rödl. Dort nahm die Insolvenzzahl um 40 Prozent auf 3500 Firmen zu. Vor allem exportorientierte Betriebe und Autozulieferer (Karmann, Edscha) gaben auf. Entscheidend wird laut Creditreform 2010 die Entwicklung des Exports sein.

Ost-West-Gefälle: Die Krise hat die Firmen im Westen stärker getroffen als in Ostdeutschland. Im Westen stiegen die Firmenpleiten um 16,5 Prozent, im Osten nur um 13,8 Prozent. Grund dafür sei die größere Bedeutung und Exportorientierung des verarbeitenden Gewerbes in den alten Bundesländern, das besonders gelitten hatte.

Ashton kündigt eine „stille Diplomatie" an

dpa I Brüssel Die neue „Außenministerin" der EU, Catherine Ashton, hat den Vorwurf der außenpolitischen Unerfahrenheit zurückgewiesen. „Ich habe 28 Jahre Erfahrung in Verhandlungen, bei der Suche nach Kompromissen und bei der Vertretung von Interessen", sagte die Britin heute beim ersten Auftritt im außenpolitischen Ausschuss des Europaparlaments.

Ashton hatte das Amt der EU-Außenbeauftragten gestern angetreten. Zuvor war sie in Jahr lang EU-Kommissarin für Handelsfragen. „Ich habe diesen Job, weil die 27 Staats- und Regierungschefs mich damit beauftragt haben. Es mag sein, dass ich nicht Ihre Wahl bin, aber ich bin deren Wahl", sagte die Labour-Politikerin. Ashton muss sich im Januar einer Anhörung der Europaparlamentarier stellen. Ashton bezeichnete sich als Anhängerin von „stiller Diplomatie". So erziele man oft bessere Ergebnisse.

Ashton hat mehr Kompetenzen als ihre Vorgänger: Sie leitet alle Sitzungen der EU-Außenminister, ist aber zugleich auch Vizepräsidentin der EU-Kommission. Zudem soll Ashton einen EU-eigenen und weltweiten diplomatischen Dienst aufbauen.

Türkei fordert Schweiz-Boykott

HB I Istanbul/Bern Aus Protest gegen das Schweizer Bauverbot für Minarette hat die Türkei Muslime aufgerufen, ihr Geld aus dem Land abzuziehen. Der türkische Bankensektor sei für Geldanlagen offen und zudem von der weltweiten Finanzkrise nicht stark betroffen, zitierten türkische Zeitungen heute Europaminister Egemen Bagis weiter.

„Ich bin sicher, dass unsere muslimischen Brüder, die Geld auf Schweizer Banken haben, ihre Entscheidung überdenken werden." Die Türkei hatte das Bauverbot, das am Sonntag durch eine Volksabstimmung beschlossen wurde, bereits zuvor scharf kritisiert.

„Wir haben die Ängste unterschätzt"

Staatspräsident Abdullah Gül sprach von einer Schande für die Schweiz und Beispiel für Feindseligkeit gegenüber Muslimen in der westlichen Welt.

Die Schweizer Regierung räumt ein, bei der Abstimmung die Ängste der Bevölkerung unterschätzt zu haben. Das sagte die Schweizer Außenministerin Micheline Calmy-Rey der Wochenzeitung „Die Zeit". Die überraschend hohe Zustimmung für das Verbot hänge mit der Angst vor dem Unbekannten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zusammen.

Impressum

Handelsblatt News am Abend

Verlag: Handelsblatt GmbH

Geschäftsführung:
Joachim Liebler
Dr. Tobias Schulz-Isenbeck

Redaktion:
Bernd Ziesemer (verantw.)
Peter Pfister (Redaktionsltg.)
Sabine Haupt, Anja Kühner,
Karen Wientgen

Corporate Editions:
Content Sales
Tel.: 0211-887-1550
E-Mail: content@vhb.de

Anschrift:
Kasernenstr. 67
40213 Düsseldorf
Tel. +49 (0) 211-887-1550
E-Mail: content@vhb.de
Internet: www.newsamabend.com

Meldungen

Ausschuss zu Kundus beschlossen
Der Luftangriff im afghanischen Kundus mit bis zu 142 Toten und Verletzten wird von einem Untersuchungsausschuss durchleuchtet. Der Verteidigungsausschuss des Bundestags beschloss in Berlin seine Umwandlung in einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Kundus-Affäre. Der Ausschuss soll sich am 16. Dezember konstituieren. Voraussichtlich wird auch Bundeskanzlerin Angela Merkel geladen.

Iran lässt britische Segler frei
Nach einer Woche Haft in Iran sind fünf festgenommene britische Segler wieder auf freier See. Die iranischen Revolutionsgarden werteten das Eindringen der Briten in die Hoheitsgewässer Irans als Versehen, das Außenministerium in London bestätigte die Freilassung. Nach Angaben von Großbritanniens Außenminister David Miliband befinden sich die fünf Zivilisten auf dem Weg in internationale Gewässer.

Leuthard wird in Bern Bundespräsidentin
Wirtschaftsministerin Doris Leuthard wird 2010 Schweizer Bundespräsidentin. Die 46-jährige Christdemokratin wurde turnusgemäß mit 158 von 183 Stimmen von der Bundesversammlung in Bern bestätigt. Das Ergebnis lag unter dem Resultat ihres Vorgängers Hans-Rudolf Merz (185 Stimmen). Der Schweizer Bundespräsident sitzt als Primus inter pares dem Bundesrat vor.

Provinzpolizisten auf Philippinen entlassen
Anderthalb Wochen nach dem Massaker an 57 Zivilisten auf den Philippinen sollen alle Polizisten der Unruheprovinz Maguindanao gehen. Die mehr als tausend Beamten würden in den kommenden Tagen ersetzt, sagte der Polizeisprecher des Landes.

USA setzen Nato in Zugzwang

Obama schickt mehr Soldaten nach Afghanistan– Berlin lässt sich Zeit

HB I Düsseldorf Die neue US-Strategie für Afghanistan setzt die Verbündeten unter Zugzwang. Nachdem Präsident Obama verkündet hat, rund 30 000 zusätzliche Soldaten an den Hindukusch schicken zu wollen, sollen auch Deutschland, Frankreich und andere Nato-Staaten ihr Engagement für den Kampf gegen die Taliban ausweiten. Von der Bundesregierung erwartet die USA eine Aufstockung des deutschen Kontingents um fast 50 Prozent. „2010 werden die Verbündeten der USA mindestens 5000 zusätzliche Soldaten entsenden, möglicherweise ein paar Tausend mehr", sagte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen heute in Brüssel.

Frankreich und Deutschland lassen sich aber mit einer Entscheidung Zeit, sie wollen erst eine für den 28. Januar in London geplante Afghanistankonferenz abwarten. Deutschland bietet nach den Worten von Außenminister Guido Westerwelle vorerst keine zusätzlichen Kampftruppen an, sondern lediglich mehr Hilfe bei der Polizei-Ausbildung. „Es wird eine militärische Lösung geben - was wir brauchen, ist eine politische Lösung, die militärisch unterstützt wird", sagte Bundesaußenminister Guido Westerwelle heute als Reaktion auf die Rede von US-Präsident Barack Obama.



Nach der Rede über die Afghanistan-Strategie: US-Präsident Barack Obama grüßt Kadetten der Militärakademie West Point. dpa

Die Bundeswehr ist derzeit mit rund 4400 Soldaten am Hindukusch im Einsatz. Die Obergrenze des Mandats liegt bei 4500. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hatte bei seinem Antrittsbesuch in Afghanistan vor einigen Wochen die Verstärkung des Feldlagers Kundus um eine zusätzliche Kompanie Kampftruppen angekündigt, um die schlechte Sicherheitslage dort in den Griff zu bekommen. An der Polizei-Ausbildung sind sowohl Bundeswehr-Soldaten als auch Polizisten beteiligt.

Nach monatelangen Beratungen hatte Obama in der vergangenen Nacht in der traditionsreichen Militärakademie West Point seine neue Afghanistan-Strategie bekanntgegeben. Dabei setzt er nach acht Jahren Afghanistan-Krieg auf eine massive Militäroffensive. Um die erstarkten Taliban-Kämpfer zurückzuschlagen, schickt er bereits Anfang des Jahres 30 000 zusätzliche US-Soldaten an die Front. Der US-Präsident machte klar, dass er jetzt auch ein stärkeres Engagement der Verbündeten erwartet.

Obama fasst in seiner neuen Strategie aber auch erstmals das Ende des Krieges ins Auge. Bereits im Sommer 2011 soll - abhängig von der Sicherheitslage vor Ort - der Rückzug der US-Soldaten beginnen. Wenn die Truppenaufstockung im Sommer 2010 abgeschlossen sein wird, wird sich die Zahl der US-Soldaten auf rund 100 000 erhöht haben.

Obamas Doppelstrategie birgt großes Risiko

Rhetorisch war die Afghanistan-Rede von Barack Obama brillant. Der US-Präsident argumentierte klug und umfassend, mit Vernunft und Gefühl, und seine Worte transportierten eine klare Botschaft: Wir gehen so bald wie möglich in die Offensive, um schnell wieder heraus zu kommen.

Doch genau das ist der kritische Punkt: Kann nach acht Jahren Krieg nun auf einmal eine solche Doppelstrategie gelingen? In einem Land, das historische Entwicklungen nicht in Jahren, sondern in Generationen misst? Man würde so gerne glauben, dass Obama dieses Kunststück glücken wird. Nur haben die bisherigen Erfahrungen leider anderes gelehrt.

Der US-Präsident will es mit seinem Kurs sehr vielen, vielleicht zu vielen, recht machen. Indem er 30 000 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan schickt, kommt er weitgehend den Wünschen der Militärs nach; indem er ein Abzugsdatum nennt, baut er dem linken Flügel in seiner eigenen Partei eine Brücke; und indem er die Hilfe der Verbündeten betont, will er die Illusion eines internationalen Konflikts aufrechterhalten. Doch der Ansatz, für all diese divergierenden Interessen einen Nenner zu finden, könnte am Ende in eine Sackgasse führen.



Markus Ziener
Handelsblatt

Wer El Kaida und Taliban militärisch besiegen will, der braucht nicht 30 000 Soldaten, sondern wahrscheinlich ein Zigfaches davon. Ganze Provinzen befinden sich de facto außerhalb jeglicher Kontrolle, so etwa Kandahar, Zabul oder Helmand. Daran wird die Verstärkung nicht viel ändern.

Mit der Nennung eines Termins für den Start des Abzugs im Juli 2011 glaubt Obama, Druck auf Afghanistans Regierung ausüben zu können. Druck, der in Kabul zu Durchgreifen und schnellerem Handeln führen soll. Derartiger Druck hat bisher nicht gewirkt. Zudem könnte die begrenzte Mandatierung die Taliban ermuntern, einfach nur noch einige Zeit durchhalten zu müssen.

Das gilt auch für die Menschen in Afghanistan. Die wissen jetzt, dass die USA den langen Atem nicht haben. Mit wem werden sie sich dann also arrangieren? Mit jenen die gehen oder mit jenen, die auch weiterhin da sein werden? **Markus Ziener**

Zelaya giftet gegen Wahl in Honduras

afp ITegucigalpa Der in Honduras gestürzte Präsident Manuel Zelaya hat die lateinamerikanischen Staatschefs aufgefordert, die Wahl in dem mittelamerikanischen Land nicht anzuerkennen. Er fordere sie auf, den „Wahlbetrug" in Honduras nicht anzuerkennen, schrieb Zelaya in einem Brief an die Präsidenten der Region. Zelaya forderte Unterstützung, damit der Militärputsch nicht unbestraft bleibe.

Fünf Monate nach Zelayas Sturz wurde am Sonntag der konservative Oppositionskandidat Porfirio Lobo als neuer Präsident gewählt. Zelaya hält sich in der brasilianischen Botschaft in Honduras' Hauptstadt Tegucigalpa auf. Heute entscheidet das Parlament über sein politisches Schicksal.

Mexiko ächzt unter der Krise

Öleinnahmen gehen zurück, Schulden drücken und Gewalt steigt

dpa I Mexiko-Stadt Die Weltwirtschaftskrise hat das stark von den USA abhängige Mexiko besonders hart getroffen. Immer mehr Menschen werden arbeitslos, immer mehr verarmen. Die Kriminalität steigt, die Einnahmen sinken. Und die Aussichten für die nahe Zukunft sind nicht besser. Wichtige Ratingagenturen stufen das Land herab. Erst vor wenigen Tagen musste die Weltbank dem einst reichen Mexiko, einem der größten Ölproduzenten der Welt, einen Kredit von umgerechnet 1,3 Mrd. Euro zur Verfügung stellen, um die Folgen der Weltwirtschaftskrise und der Schweinegrippe aufzufangen.



Plattform im Golf von Mexiko: Die Ölförderung geht zurück. dpa

Doch das wachsende Defizit im Staatshaushalt ist nicht nur auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen. Es gibt auch schwerwiegende innere Faktoren, die in Mexiko eine Lage haben entstehen lassen, in der soziale Unruhen nicht mehr auszuschließen sind.

Die Einnahmen aus der Ölförderung gehen seit Jahren zurück, weil die Vorkommen im Golf von Mexiko immer weniger Öl hergeben. Mexiko hat es versäumt, den staatlich kontrollierten Energiesektor zu modernisieren. Das ist besonders hart, weil der Haushalt bisher zu über 30 Prozent mit diesem Geld gefüttert wurde.

Ein Ersatz ist vorerst nicht in Sicht, da eine umfassende Steuerreform politisch nicht durchsetzbar ist. Wegen des Drogenkrieges, der Entführungsgefahr, der allgemein schlechten Sicherheitslage mit täglich bis zu 50 Morden und der Korruption auf allen Ebenen ist auch das Vertrauen der Welt in Mexiko gesunken.

So sind die ausländischen Direktinvestitionen eingebrochen. „Klar ist, dass in diesem Jahr nicht viel passiert", sagte der Geschäftsführer der deutsch-mexikanischen Industrie- und Handelskammer, Johannes Hauser. „Die Investitionsneigung ist nicht sehr ausgeprägt." Allerdings sei damit zu rechnen, dass der Standort Mexiko 2010 wieder zulegen werde. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird nach Medienberichten in diesem Jahr um über sieben Prozent einbrechen. 2010 soll die Wirtschaft wieder wachsen, um drei Prozent.



BEI DIESEN EXPERTEN SOLLTEN SIE INSOURCEN.

MITTELSTAND-PLUS.DE:
JETZT ZIELGENAU EXPERTEN FINDEN.

KOSTENOPTIMIERTE WERTSCHÖPFUNG | FÜHRUNG & ORGANISATION | STRATEGIE
FINANZ- & RISIKOMANAGEMENT | INNOVATION | INTERNATIONALISIERUNG | TURNAROUND

Mit MittelstandPlus finden Mittelständler zielgenau den richtigen Experten für ihren Bei- oder Aufsichtsrat – einfach, kostenlos und schnell. Nutzen Sie die Expertise und Business-Erfahrung unserer Experten für Ihre unternehmerischen Herausforderungen.

Alle Informationen unter www.mittelstand-plus.de

MittelstandPlus
DAS STARKE EXPERTENNETZWERK

Schirmherrschaft: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Eine Pro-bono-Initiative von: IKB Deutsche Industriebank, McKinsey&Company, DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag, kfw Bankengruppe, WirtschaftsWoche

Meldungen

Nokia Siemens bietet mehr für Nortel-Sparte
Der deutsch-finnische Netzwerkspezialist Nokia Siemens nimmt einen zweiten Anlauf zur Übernahme der Nortel-Sparte für Optische Netzwerke. Das Gebot wird auf von 770 auf 810 Mio. Dollar aufgestockt, teilte der Konzern mit.

„Thüringer" erhält sofort neuen Chef
Der umstrittene Chefredakteurswechsel bei der „Thüringer Allgemeinen" in Erfurt erfolgt schneller als geplant. Der von der WAZ-Mediengruppe abgelöste Chefredakteur Sergej Lochthofen (56) wurde gestern freigestellt, heute tritt bereits sein Nachfolger Paul-Josef Raue (59) an, teilte die Geschäftsführung der Zeitungsgruppe Thüringen (ZGT) mit

Aer Lingus kündigt Stellenabbau an
Die irische Fluglinie Aer Lingus will verlustreiche Strecken streichen und ihre Belegschaft reduzieren, um ihre Eigenständigkeit zu sichern. Zuvor hatte es Gespräche mit der Belegschaft über einen Sanierungsplan gegeben. Aer Lingus hat bereits zwei feindliche Übernahmeversuche der konkurrierenden Gesellschaft Ryanair abgewehrt.

GM feuert Henderson

CEO verliert Machtkampf – Neue Unsicherheit bei Tochter Opel

HB I Detroit Nach nur acht Monaten im Amt muss Fritz Henderson, Chef des US-Autobauers General Motors (GM), seinen Hut nehmen. Das Direktorium habe den 51-jährigen Manager um dessen Rücktritt gebeten, hieß es. GM-Verwaltungsratspräsident Ed Whitacre wird als Übergangs-CEO die Geschäfte übernehmen, teilte GM mit. Die Suche nach einem Nachfolger beginne sofort. Henderson hatte die Absage des Opel-Verkaufs an den kanadischen Autozulieferer Magna und die russische Sberbank mitgetragen, der Manager hatte sich aber bis zuletzt für die auch von der Bundesregierung favorisierte Lösung ausgesprochen.Henderson war von Mitte 2004 bis Ende 2005 Chef von GM-Europe in Zürich und galt als Hoffnungsträger für eine Eigenständigkeit von Opel.

Beobachter gehen davon aus, dass Whitacre nun – wie zuvor schon Ford und Chrysler – einen branchenfremden Manager auf den Chefsessel holen wird. Unter der Führung Hendersons kam GM zuletzt nicht aus den Schlagzeilen. Der Verkauf der GM-Marke Saturn platzte ebenso wie der der schwedischen Tochter Saab. Sollte sich bis Jahresende abzeichnen, dass Saab nicht verkauft werden könne, solle die Sparte geschlossen, werden, teilte GM mit.

General Motors hat dem Wirtschaftsministerium ein Papier zum Umbau von Opel vorgelegt. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle bewertete das Papier mit den Worten: „Das betrachte ich nicht als ein Zukunftskonzept und auch nicht als ein Antrag auf Förderung. Da fehlt viel." Auf dieser Basis könne über Staatshilfen nicht entschieden werden. GM will nach Brüderles Worten 20 Prozent des Finanzbedarfs für die Opel-Restrukturierung selbst tragen. Das wären nach seinen Worten rund 600 Mio. Euro. Den restlichen Betrag von 2,7 Mrd. Euro erwarte der US-Konzern als Beitrag von den europäischen Steuerzahlern.



Machtkampf entschieden: GM-CEO Fritz Henderson (li.) muss auf Druck von Chairman Edward Whitacre seinen Posten aufgeben. rtr

Kommentar: Daimlers Zwänge

Martin-W. Buchenau
Handelsblatt

Die Entscheidung von Daimler, die C-Klasse von Sindelfingen vor allem in die USA aber auch nach Bremen und in die Montagewerke in China und Südafrika zu verlagern, folgt konsequent einer industriellen Logik in drei Punkten.

Erstens: Künftig 20 Prozent des Volumenmodells in den USA zu fertigen, schützt vor einem schwachen Dollar. Und Produktionschef Rainer Schmückle hat die Argumente für die Produktion vor Ort auf den Punkt gebracht: Auf den Dollar spekuliert der, der in Europa Autos produziert und in den USA verkauft und nicht wer vor Ort produziert. Das gilt zweitens auch für die Aufstockung der Montagekapazitäten in China und Südafrika, von wo aus Schwellenländer bedient werden. Drittens ist es sicher sinnvoll in Deutschland ein Modell nur an einem Standort und nicht wie bisher in Bremen und Sindelfingen zu bauen. So gesehen hat Daimler eine konsequente Entscheidung gefällt.

Weniger Konsequenz zeigt der Konzern mit den Konzessionen an die Beschäftigten in Sindelfingen. Denn den Rohbau des Modells SL in Bremen zu belassen, das Fahrzeug dann aber zur Montage nach Sindelfingen zu karren, klingt nicht gerade kostenoptimal und schon gar nicht nach einer Dauerlösung.

Dass es bei der Verlagerung der C-Klasse keinen Beschäftigungsabbau in Sindelfingen geben soll, ist ein erstaunlich starkes Versprechen der Unternehmensführung. Auch dafür gibt es zwei Gründe: Der Vorstand versucht schonend mit seiner Stammbelegschaft umzugehen. Er wollte nicht vor den Betriebsratswahlen im kommenden Frühjahr Öl in Feuer schütten. Gleichzeitig will es sich Dieter Zetsche nicht völlig mit Betriebsratschef Erich Klemm verderben, dessen Unterstützung er für seine ebenfalls im Frühjahr anstehende Vertragsverlängerung braucht.

EADS droht der US-Regierung

afp I Washington Der Dauer-Wettstreit um einen Milliardenauftrag des Pentagons zur Modernisierung seiner Tankflugzeug-Flotte geht in die nächste Runde. Der europäische Anbieter EADS und sein US-Partner Northrop Grumman drohten mit ihrem Ausstieg aus dem Bieterverfahren, weil das Pentagon den US-Rivalen Boeing bevorzuge. In einem Brief an das US-Verteidigungsministerium schreibt Northrop-Präsident Wes Bush, es sei eine „klare Präferenz" für ein kleineres Flugzeug zu erkennen als für den angepassten Airbus A330, den Northrop mit EADS ins Rennen schicken will.

Eigentlich hatten Northrop und EADS den Auftrag im vergangenen Jahr bereits in der Tasche, Boeing ging aber erfolgreich dagegen vor: Der Rechnungshof des Kongresses erklärte das Vergabeverfahren für fehlerhaft und empfahl dem Pentagon die Neuausschreibung.

US-Automarkt zeigt neue Dynamik

dpa I New York Die Signale für eine Trendwende auf dem US-Automarkt haben sich im November verstärkt. Bei Volkswagen stiegen die Verkäufe um 13,7 Prozent auf 16 250 Fahrzeuge. Porsche steigerte seinen US-Absatz sogar um 18 Prozent auf 1626 Fahrzeuge. Daimler verbuchte ein Verkaufsplus von gut neun Prozent gegenüber dem schwachen Vorjahresmonat. BMW litt hingegen unter der Absatzflaute beim Mini. Deshalb gingen die Verkäufe um 7,5 Prozent auf 18 272 Stück zurück.

Die US-Hersteller Chrysler und General Motors setzten hingegen ihre Talfahrt vor. Chrysler, das jetzt unter der Kontrolle von Fiat steht, musste einen neuerlichen Absatzeinbruch von 25 Prozent hinnehmen. GM verkaufte 151 427 Fahrzeuge, das waren 2,2 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Ford hielt sich dagegen stabil und verkaufte mit 123 167 fast ebenso viele Autos wie im November 2008.

Meldungen

T-Systems erhält Auftrag von BP
Die Telekom hat einen Großauftrag des britischen Ölkonzerns BP an Land gezogen. Die Großkundensparte T-Systems werde das weltweite Sprach- und Datennetz für BP bereitstellen, teilten die Unternehmen heute mit. In Branchenkreisen wird das Auftragsvolumen auf einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag geschätzt. T-Systems kämpft seit Jahren mit schrumpfenden Umsätzen und niedrigen Renditen.

Google lenkt bei Bezahlinhalten ein
Google geht im Streit um kostenlose Nachrichten im Netz mit einem Kompromiss-Vorschlag auf amerikanische Zeitungsverleger zu. Bei der Nachrichtenseite „Google News" werde es künftig Möglichkeiten geben, Nutzern nur einen begrenzten Zugang zu kostenlosen Nachrichtenangeboten zu gewähren, teilte Google-News-Chef Josh Cohen mit. Das Programm „First Click Free" biete Verlagen eine Möglichkeit, ihre Inhalte zu bewerben und Nutzern zugleich die Gelegenheit zu geben, die Nachrichtenquelle zu testen.

Siemens bittet zur Kasse

Ex-Manager zahlen 20 Millionen Euro – Klage gegen zwei Vorstände

rtr I München Der Siemens-Aufsichtsrat hat sich mit den früheren Konzernchefs Heinrich von Pierer und Klaus Kleinfeld über Schadensersatzzahlungen für die Korruptionsaffäre geeinigt. Pierer sowie fünf weitere Ex-Topmanager sind zu einem entsprechenden Vergleich bereit, teilte Siemens heute mit. Demnach soll Pierer fünf Mio. Euro zahlen, Uriel Sharef vier Mio., Jürgen Radomski und Johannes Feldmayer jeweils drei Mio. Euro, Kleinfeld zwei Mio. Euro und Ex-Aufsichtsratschef Karl Hermann Baumann eine Mio. Euro.

Drei weitere Manager hatten sich mit Siemens bereits früher auf eine Zahlung von je einer halben Mio. Euro geeinigt, so dass die Gesamtsumme des Schadensersatzes vorläufig 19,5 Mio. Euro beträgt. Letztendlich sollen die Aktionäre auf der Hauptversammlung Anfang kommenden Jahres die Einigungen absegnen. Mit zwei früheren Vorständen ist es Siemens zufolge allerdings zu keiner Übereinkunft gekommen. Der Ex-Finanzvorstand Heinz-Joachim Neubürger und der ehemalige Chef der Telekommunikationssparte Thomas Ganswindt hätten nicht eingewilligt. Unternehmenskreisen zufolge sollen sie nun noch vor der Hauptversammlung verklagt werden. Der frühere Konzernvorstand Günter Wilhelm bleibt zunächst von gerichtlichen Schritten verschont. Der Aufsichtsrat will erst den Abschluss der strafrechtlichen Ermittlungen gegen den Manager abwarten.

Wilhelm steht im Verdacht, die Schmiergeldzahlungen an den früheren Chef der Arbeitnehmerorganisation AUB mit eingefädelt zu haben.

Mit der Einigung mit den meisten ehemaligen Topmanagern hat das Unternehmen einen der letzten Schritte zur Bewältigung des größten Schmiergeldskandals der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte vollzogen. Bei dem Münchener Konzern flossen zwischen 2000 und 2006 insgesamt rund 1,3 Mrd. Euro in dunkle Kanäle.



Wirtschaftskrise sorgt bei der Bahn für leere Güterwaggons

Der Gütertransport der Bahn ist drastisch eingebrochen. In den ersten neun Monaten des Jahres beförderte die Bahn 226 Mio. Tonnen Rohstoffe und Industrieerzeugnisse – ein Fünftel weniger als im Vorjahreszeitraum, teilte das Statistische Bundesamt mit. Der Negativtrend habe sich inzwischen aber abgeschwächt. Vor allem der schwächelnde Export habe sich ausgewirkt. So schrumpfte der Transport ins Ausland um knapp 30 Prozent.

Nokia: Neues Wachstum bei Handys

dpa I Helsinki Der Handyhersteller Nokia sieht im kommenden Jahr einen Hoffnungsschimmer für den unter Druck geratenen Handymarkt. Für 2010 rechnet der Branchenprimus mit einem Wachstum der weltweiten Verkaufszahlen um rund zehn Prozent. Im kommenden Jahr will Nokia den eigenen Anteil am Handymarkt nach Stückzahlen stabil halten. Nach dem Wert der Handys soll der Anteil leicht steigen. Nokia versucht, den Rückgang des durchschnittlichen Handypreises 2010 zu stoppen.

Maschinenbau fasst Tritt

dpa I Frankfurt Die Lage im krisengeschüttelten deutschen Maschinenbau stabilisiert sich allmählich auf niedrigem Niveau. Die Auftragseingänge sanken im Oktober im Vorjahresvergleich um real 29 Prozent, wie der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) heute in Frankfurt mitteilte. Im September hatte das Minus noch 33 Prozent betragen, im August brachen die Bestellungen sogar um 43 Prozent ein.

Noch sind die Unternehmen zögerlich, Arbeitsplätze abzubauen. Der Verband hatte prognostiziert, dass die Branche im laufenden Jahr 60 000 der zum Jahresbeginn 954 000 Stellen abbauen werde. „Ich möchte nicht ausschließen, dass es weniger werden. Ich halte die Zahl im Moment für den oberen Rand dessen, was wir erwarten müssen", sagte VDMA-Chefvolkswirt Ralph Wiechers. Der

Drastischer Rückgang bei den Aufträgen ist gestoppt

Branchenverband sieht inzwischen Licht am Ende des Tunnels. „Der Auftragseingang im Oktober hat den Befund des vergangenen Monats erhärtet, demzufolge der tiefe, heftige Fall der Orders aus In- und Ausland endlich gestoppt werden konnte", sagte Wiechers. Allerdings könnten die jüngsten Daten nur „mit etwas Mut als erste Anzeichen einer leichten Besserung interpretiert werden". Im Dreimonatsvergleich von August bis September ergibt sich in der Branche ein Minus von 35 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Ordereingänge aus dem Inland brachen um 36 Prozent ein, aus dem Ausland um 34 Prozent. Bis sich das Ende der Talfahrt im Umsatz und in der Produktion niederschlägt, vergehen in der deutschen Schlüsselindustrie in der Regel mehrere Monate. Daher ist der Branchenverband bei seinen Prognosen weiter vorsichtig.

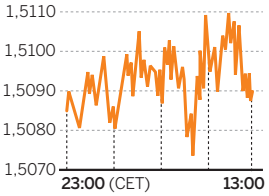
Bitkom rechnet mit einem guten Jahr

rtr I Düsseldorf Die deutsche Informations- und Telekommunikationsbranche (ITK) blickt zuversichtlich ins kommende Jahr. 57 Prozent der Firmen rechneten mit Wachstum und weitere 17 Prozent mit einem stabilen Geschäft, teilte der Branchenverband Bitkom heute mit. „Die Krise ist weitgehend überwunden", sagte Verbandspräsident August-Wilhelm Scheer im Vorfeld des IT-Gipfels am Dienstag. Impulse erwarte der Bitkom sowohl durch Aufträge von Bund, Ländern und Kommunen als auch durch den privaten Konsum.

Märkte heute

Eurokurs

Mittwoch, 2.12.2009
US$ je Euro **1,5085**
Vortag: 1,5081US$



Tops + Flops

Veränderung zum Vortagesschluss

HDax	2.12.2009
Dialog Semicond.	+3,12 %
Gildemeister	+2,73 %
Rheinmetall	+2,30 %
Sky Deutschland	-3,91 %
Aareal Bank	-3,87 %
Pfleiderer-Reg.	-3,72 %

Indizes + Kennzahlen

	2.12.2009	(13:30)
FTSE 100	**5286,97**	5312,17
Nikkei	**9608,94**	9572,20
Euro Stoxx	**266,71**	267,27
Umlaufrendite (%)	**2,88**	2,87
Brentöl ($)	**78,45**	79,16
Gold ($)	**1209,22**	1196,60

Handelsblatt | Quelle: Bloomberg

Börse heute

Die Anleger am deutschen Aktienmarkt haben heute eine Pause eingelegt. Der Dax lag am späten Mittag kaum verändert bei 5772 Punkten. Am Vortag hatte der Leitindex noch 2,7 Prozent zugelegt, nachdem sich unter den Anlegern Erleichterung darüber breitgemacht hatte, dass Dubai die Lösung der Finanzprobleme seiner angeschlagenen Staatsholding angeht.

Ganz oben auf der Verliererliste bei den Standardwerten standen Banken. Commerzbank verloren 3,4 Prozent, Deutsche Bank gaben 2,5 Prozent nach. Auch in anderen europäischen Ländern waren Finanztitel schwach. Royal Bank of Scotland fielen in London sogar um 5,7 Prozent, in Paris verloren BNP Paribas gut zwei Prozent. Der europäische Branchenindex bildete das Schlusslicht aller Sektoren mit einem Minus von einem Prozent. Kursverluste verzeichneten zudem BMW. Sie fielen nach schlechten US-Absatzzahlen um 1,4 Prozent.

Gipfel soll Kreditklemme lösen

IG Metall warnt vor Massenentlassung – Banken stellen mehr Mittel bereit

HB I Berlin Vor dem heutigen Konjunkturgipfel im Kanzleramt hat die IG Metall vor einer Beschönigung der Lage auf dem Arbeitsmarkt gewarnt und Maßnahmen gegen eine Kreditklemme gefordert. „Die Lage ist verdammt kritisch. Wer Entwarnung gibt, führt die Leute an der Nase herum“, sagte der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber MDR Info. Wenn man nichts tue, drohten Massenentlassungen.

Huber äußerte sich kritisch zur zögerlichen Kreditvergabe der Banken, die ein Thema des Gipfels wird. Es sei „schäbig und nicht akzeptabel“, wenn die Zentralbank Geld zu einem niedrigen Zinssatz bereitstelle und die Banken es dann teilweise für zwölf Prozent verliehen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will heute mit Firmen, Banken und Gewerkschaften über die Folgen der Finanzkrise beraten. Die Wirtschaft befürchtet, dass die Banken den Geldhahn weiter zudrehen und den Aufschwung abwürgen. Bereits vor Beginn des Gipfels gibt es aber offenbar eine weitgehende Einigung über mögliche Maßnahmen gegen die drohende Kreditklemme. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ berichtet unter Berufung auf Regierungskreise, der Bund solle Papiere kaufen, die kein großes Risiko haben und die in erster Linie den Mittelstand stützen. Käufer könnte die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sein. Die Mittel dafür könnten aus dem Deutschlandfonds kommen, dem 115 Mrd. Euro umfassenden Kredit- und Bürgschaftsprogramm des Bundes für kriselnde Unternehmen.

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) schließt auch ein regulatorisches Eingreifen im Fall einer Kreditklemme nicht aus. Es sei richtig, die Banken beim Konjunkturgipfel am Nachmittag zunächst noch einmal moralisch in die Pflicht zu nehmen, sagte Brüderle am Mittwoch dem ZDF. Es seien aber auch andere Maßnahmen denkbar. „Wenn sie es nicht tun, kann der Staat entweder die Liquidität weiter erhöhen, oder er kann natürlich auch regulatorische Maßnahmen ergreifen.“

Commerzbank-Vorstandschef Martin Blessing kündigte unmittelbar vor dem Gipfel ein rasches Handeln für die Versorgung des Mittelstand mit Krediten an. „Wir werden ab Januar das Kreditangebot für Firmen mit 2,5 bis 500 Mio. Euro Umsatz um fünf Mrd. Euro erhöhen, sagte Blessing. Insgesamt habe die Bank, an der der Bund mit 25 Prozent beteiligt ist, ein Kreditvolumen von 130 Mrd. Euro.

Auch die Sparkassen stellen mehr Mittel bereit. Die Sparkassen sollen mit überschüssigem Kapital fünf bis zehn Milliarden Euro in einen Fonds einzahlen, mit dessen Hilfe Sparkassen und Landesbanken neue Kredite vergeben könnten, kündigte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Heinrich Haasis, an.



Bundeskanzleramt in Berlin: Hier treffen sich heute um 17 Uhr Spitzenvertreter von Politik und Wirtschaft. ap



Ein Kreditmediator soll im Auftrag der Bundesregierung die drohende Kreditklemme abwenden. Das Kabinett benannte heute **Hans-Joachim Metternich** für das Amt. Er soll in Problemfällen zwischen Banken und Unternehmen vermitteln und vor allem dem Mittelstand zu Darlehen verhelfen. Der 66-Jährige ist derzeit Chef der Investitions- und Strukturbank in Rheinland-Pfalz.

Sparkassen greifen nach Deka-Mehrheit

rtr I Frankfurt Die Sparkassen werden künftig wohl die Mehrheit am Fondsdienstleister Dekabank halten. „Es gibt Landesbanken, die verkaufsbereit sind. Wir werden Gespräche darüber in der Gruppe führen, welche Sparkassen die Anteile übernehmen“, sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), Heinrich Haasis, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Bislang halten Sparkassen und Landesbanken je 50 Prozent an der Dekabank. Größter Einzelaktionär ist die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), die wegen Milliardenverlusten infolge der Finanzkrise eine Schrumpfkur angekündigt hat und auch Beteiligungen auf den Prüfstand stellt.

Haasis betonte, er gehe nicht davon aus, dass die anderen Landesbanken ihr Vorkaufsrecht nutzten, falls eine der sieben eigenständigen Landesbanken ihre Deka-Beteiligung verkaufen wollten.

Deutsche Bank will in China wachsen

rtr I Schanghai Die Deutsche Bank will mit ihrem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen in China im Kapitalmarktgeschäft rasch eine gewichtige Rolle spielen. Die Zhong De Securities strebe innerhalb von drei bis fünf Jahren einen Marktanteil von fünf bis acht Prozent an, sagte der Chef des Joint Ventures mit der chinesischen Shanxi Securities, Wang Zhonghe, heute. „Derzeit ist die Emissionstätigkeit im chinesischen Anleihemarkt nicht so groß. Das gibt uns substanzielle Wachstumsperspektiven.“

Der Deutschen Bank gehören 33,3 Prozent an Zhong De, der Rest liegt bei Shanxi Securities. Die Gemeinschaftsfirma hatte erst seit Juli die Lizenz, um in China Börsengänge und die Ausgabe von Schuldverschreibungen chinesischer Firmen zu begleiten. Banken wie UBS, Goldman Sachs und Credit Suisse betreiben solche Geschäfte in China bereits.

Meldungen

Ailton unterschreibt bei Sechstligist
Der ehemalige Bundesliga-Torschützenkönig Ailton kickt künftig für den Sechstligisten KFC Uerdingen. Der 36-jährige Brasilianer bestritt bis zu Beginn des vergangenen Jahres 219 Bundesligaspiele (106 Tore) für Werder Bremen, Schalke 04, den Hamburger SV und MSV Duisburg. Nach einem Engagement für Chongqing Lifan in China ist „Kugelblitz" Ailtonder seit dem 1. November ohne Verein.

Sechsjahresvertrag für 16-jährigen Kicker
Der 16 Jahre alte Fußballprofi Iker Muniain hat bei seinem Club Athletic Bilbao einen Sechsjahresvertrag erhalten. Die Ablösesumme legte der spanische Erstligist auf eine Summe fest, die sich nach Erfolgen richten und zwischen 36 Mio. und 45 Mio. Euro betragen wird.

Einsame Menschen stecken an
Einsamkeit kann einer US-Studie zufolge ansteckend sein. Nur ein einziger Mensch in einer Gruppe muss sich einsam und verlassen fühlen, und schon droht dieses Gefühl auf die übrigen Gruppenmitglieder überzugreifen, wie aus einer Studie im Auftrag des Nationalen Instituts für Altersforschung hervorgeht.

Streit um die Steinbrücke

Versteigerung einer mautpflichtigen Brücke verärgert die Anwohner

afp I Eynsham Sie wird jährlich von fast vier Millionen Fahrzeugen überquert und bringt umgerechnet mehr als 100 000 Euro im Jahr ein – steuerfrei. Jetzt soll die private „Swinford Bridge" versteigert werden und sorgt damit für Wirbel: Während sie weltweit Interesse von potenziellen Käufern weckt, wollen Pendler und Anwohner endlich mit einem Relikt aus dem 18. Jahrhundert aufräumen und keine Maut mehr dafür bezahlen, dass sie den Fluss überqueren wollen.

Für ein Auto kostet die Überfahrt fünf Pence (5,5 Eurocent), für einen Bus zwölf Pence; Lastwagenfahrer müssen zehn Pence pro Achse zahlen. Das sind nicht gerade Riesensummen – aber die Themse-Brücke unweit von Oxford ist eine beliebte Abkürzung auf dem Weg in die Universitätsstadt, und der Angestellte im Maut-Häuschen auf der Mitte der Brücke hat alle Hände voll zu tun.



Britische Tradition: 1767 erhielt der Graf von Abingdon die Erlaubnis, neben dem Dorf Eynsham die „Swinford-Bridge" über die Themse zu bauen und das Recht, eine Maut zu erheben, steuerfrei. ap

Morgen nun soll „Swinford Bridge" bei einer Auktion in London versteigert werden. Das Auktionshaus Allsop preist das Objekt als einmalige Chance für Investoren auf garantierte Einnahmen und schätzt den Mindesterlös für die Brücke auf eine Mio. Pfund. Sogar Interessenten aus Australien und Jamaika haben sich gemeldet.

„Das ist Wegelagerei", sagt die Künstlerin Jane Tomlinson, die an der Spitze einer Kampagne gegen die Maut steht. Die Versteigerung sei eine Chance, den Privatbetrieb der Brücke abzuschaffen. Sie will, dass die Regionalregierung die Brücke kauft und hat mehr als 800 Unterschriften gesammelt. An einen Erfolg glaubt sie aber selbst kaum. Immerhin hat die Maut seit 1767 Traditionen.

Richard Gere muss für Baumfrevel zahlen

dpa I New York Hollywood-Schauspieler Richard Gere (60) kommt seine jüngste Gartenarbeit teuer zu stehen. Er ließ auf dem Gelände seines Bed & Breakfast in dem Ort Pound Ridge 200 Bäume ohne Genehmigung fällen. Jetzt muss er 50 000 Dollar (über 33 000 Euro) Strafe zahlen, 250 Dollar pro Baum, berichtet die Lokalzeitung „Bedford's Record-Review". Die Gemeinde ist jedoch nicht böse auf den Schauspieler. Im Februar hatten Gere und seine Frau Carey Lowell das kleine Hotel „Bedford Post" in einem renovierten Bauernhof eröffnet, zu dem mehrere Hektar Land gehört. „Sie haben ein altes verfallenes Grundstück saniert, und die Leute waren sehr glücklich darüber. Er ist sehr beliebt bei uns. Sein Sohn geht bei uns zum Sport", sagte der Chefredakteur des Lokalzeitung.

Sudoku Zahlenspiel für Kreuz- und Querdenker

Anleitung: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 – 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und den 3x3 Feldern vorkommen. Dopplungen sind nicht erlaubt.

Die Lösungen zum Sudoku finden Sie in der nächsten Ausgabe des Handelsblatts.

Mittel

	3					4	2	
2		1		8	4	7		6
			9		2		5	
1	8	7					4	
3			8	7	5			
			6				8	
								2
		8	4					1
5	9			3	6			

Schwer

	6	8						
	3	1			5		6	9
	7						1	
					9			7
6	4	9	7			2	8	
						9		
8			2	5				
2	1					8		3
		4	6				9	

Just a Minute Business Spotlight

Testen Sie Ihr Englisch!

I thought he was joking when he said he ran a _____. But it's true: people on his team don't even take coffee breaks.
a) tight ship
b) tough boat
c) fast ferry

Antwort a): run a tight ship – die Zügel fest in der Hand halten

Lernen Sie das Englischmagazin für den beruflichen Erfolg jetzt kennen:
www.business-spotlight.de/hb

©Business Spotlight, Spotlight Verlag 2008

IKB aktuell

Mittwoch, 2. Dezember 2009 | Nr. 1130 THEMEN FÜR UNTERNEHMEN www.ikb.de

Steckbrief

IKB-Kunden stellen sich vor:

BUTTING Gruppe

Woher wir kommen: *Wir sind ein Unternehmen mit Tradition und Geschichte. Bereits 1777 als Kupferschmiede gegründet, ist Butting durch*

BUTTING

Kompetenz, Mut, Fleiß und Innovationen kontinuierlich gewachsen. Investitionen erfolgten sowohl in neue Fertigungseinrichtungen, als auch im Zuge zunehmender Internationalisierung in die Gründung verbundener Unternehmen. So hat sich aus dem Handwerksbetrieb innerhalb von sieben Familiengenerationen stetig und mit unternehmerischem Weitblick die BUTTING Gruppe entwickelt.

Was wir anbieten: *Das Kerngeschäft der BUTTING Gruppe umfasst die Verarbeitung von nicht rostenden Stählen und plattierten Werkstoffen, wobei die Kernkompetenzen in der Werkstoff-, Schweiß- und Umformtechnik sowie in der Qualitätssicherung kontinuierlich ausgebaut werden. Weltweit liefern wir längsnahtgeschweißte Rohre, Rohrleitungen und Behälter an Endverbraucher aus den verschiedensten Branchen, u. a. Chemische Industrie, Energie- und Umwelttechnik sowie Öl- und Gasindustrie.*

Wie wir uns positionieren: *Kaum ein Unternehmen in Europa kann auf so lange Erfahrung und Vielfalt bei der Produktion von Edelstahlrohren verweisen wie BUTTING. Bei dem führenden Rohrhersteller verarbeiten mehr als 1.300 Mitarbeiter jährlich gut 40.000 t nicht rostende Stähle.*

Wohin wir wollen: *Wir streben danach, unsere Innovationskraft, Flexibilität und Servicebereitschaft täglich aufs Neue zu beweisen. Unser Selbstverständnis ist heute wie seit über 230 Jahren, uns gemeinsam mit unseren Kunden den Herausforderungen von morgen zu stellen.*

Andrea Kiel, Marketing Management
www.butting.de

Impressum

IKB Deutsche Industriebank AG, Wilhelm-Bötzkes-Str. 1, 40474 Düsseldorf, **Redaktion:** Patrick von der Ehe, Tel.: +49 211 8221-4776, Fax: +49 211 8221-2776, E-Mail: redaktion@ikb.de

Verantwortlich für den Inhalt ist die IKB. Namentlich gekennzeichnete Fremdbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Weiterverbreitung nur mit schriftlicher Genehmigung.

IKB Deutsche Industriebank

Branche im Fokus

Metallerzeugung: Rückkehr zum alten Wachstum?

Anziehende Produktion bei Stahl- und Metallerzeugung lassen hoffen

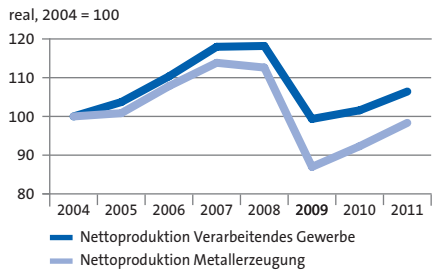
Die deutsche Metallerzeugung muss im Verlauf des Jahres 2009 einen historischen Einbruch der Produktion hinnehmen. Die IKB erwartet einen Gesamtrückgang von gut 20 %, der somit stärker ausfällt als im verarbeitenden Gewerbe allgemein. Aktuell zeigt sich jedoch eine Trendumkehr. Gegenüber dem im März erreichten Tiefpunkt konnte die Erzeugung um rund 25 % ausgeweitet werden, liegt allerdings im Vergleich zum Vorjahr immer noch auf sehr niedrigem Niveau. Die Auftragseingänge legten seit Jahresanfang deutlich zu, unterschreiten aber immer noch den Durchschnitt der Vorjahre um rund 20 %.

Die verschiedenen Segmente der Metallerzeugung sind unterschiedlich stark betroffen. Ein überproportionaler Rückgang erfolgt bei automobil- und maschinenbaunahen Produzenten wie Stahlerzeugern und Gießereien sowie bei der ersten Verarbeitungsstufe von Stahl. Nichteisenmetalle sind dagegen – bei werkstoffspezifisch unterschiedlichen Branchenkonjunkturen – tendenziell weniger betroffen. Zuletzt zeigte auch die Stahlindustrie einen ausgeprägt positiven Aufwärtstrend: Hier zogen die Aufragseingänge in den letzten drei Monaten deutlich an und überschreiten sogar wieder leicht den Vorjahreswert. Dagegen erfolgt die Erholung bei Gießereien und Herstellung von Stahlrohren nur langsam. In diesen Segmenten nahmen die Auftragseingänge im Trend zwar ebenfalls zu, liegen aber immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau.

Die IKB geht für die wichtigen Abnehmer Automobilindustrie, Maschinenbau und Bauwirtschaft für 2010 nur von einem leichten Produktionsanstieg aus. Dieser wird aber den Einbruch in 2009 nicht kompensieren können. Auch dürften Wachstumsimpulse aus dem Export weitgehend verhalten bleiben. Für die deutsche Metallerzeugung erwartet die IKB daher für 2010 zwar wieder einen Produktionsanstieg von über 5 % – und damit ähnliche prozentuale Zuwächse wie 2006/2007 – das Niveau der Vorjahre wird aber nicht vor 2013 erreicht werden.

Markus Mohaupt, IKB

Verarbeitendes Gewerbe vs. Metallerzeugung



Quelle: Statistisches Bundesamt; IKB-Prognose

Unternehmensstrategie- und -kultur im Einklang

Blick nach vorn und gemeinsame Erfahrungen treffen sich in der Gegenwart

Im aktuell schwierigen Wirtschaftsumfeld ist die Planung für das Jahr 2010 von vielen Unbekannten geprägt. Ist mit einem Anziehen der Wirtschaft zu rechnen oder müssen sich Unternehmen auf stagnierende oder fallende Umsätze einstellen? Kaum ein Unternehmen hat tragfähige Antworten auf diese Frage – gerechnet wird daher konservativ. Die aktuellen Unsicherheiten belasten Betriebsklima sowie Motivation und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter. In der Gegenwart treffen Unternehmenskultur und -strategie aufeinander.

Die Unternehmensstrategie soll das künftige Handeln der Mitarbeiter und den Markterfolg des Unternehmens für die Zukunft definieren. Die Unternehmenskultur hat hingegen ihren Ursprung in der Geschichte des Unternehmens; sie basiert auf vergangenen Erfolgen. In der aktuellen Krise ist es umso wichtiger, dass dieser Übergang reibungslos abläuft.

In die Entwicklung der Strategie sowie der daraus abgeleiteten operativen Ziele und Planungen muss die Genetik des Unternehmens einfließen – in der Regel geschieht dies automatisch durch die gesammelten Erfahrungen der beteiligten Führungskräfte.

Für anstehende Entscheidungen ist der Blick auf das wichtig, was den Zusammenhalt der Mitarbeiter und deren Identifikation fördert. Dann stehen Mitarbeiter zum Unternehmen – auch im Zuge von Kurzarbeit, Restrukturierungen oder Stellenabbau.

Alexander Flieger, Cloverleaf Consult Int.